

Luxemburg, 21. Januar 2022

**Stellungnahme des Jugendparlaments zu Ungleichheiten in der Europäischen
Union**

Sonder-Ausschuss „Zukunft Europas“

(Übersetzung der französischen Originalversion)

Ungleichheiten sind in der Europäischen Union ein dauerhaftes Problem. Trotz der vielen von den europäischen Institutionen unternommenen Bemühungen nehmen Ungleichheiten in einigen Mitgliedstaaten der EU weiterhin zu. Dies ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, der Fall für Bulgarien, Ungarn und Luxemburg, wo es seit 2009 zu einer deutlichen Erhöhung des Gini-Koeffizienten¹ kam und damit zu einer Zunahme von Einkommensungleichheiten.

Zusätzlich zur Erhöhung des Gini-Koeffizienten kann auch eine besorgniserregende Zunahme der Zahl jener europäischer Bürger festgestellt werden, die unter materieller Entbehrung leiden. Letztere wird von Eurostat als ein Zustand starker und dauerhafter wirtschaftlicher Spannung definiert. Die Kriterien für materielle Entbehrung sind vielfältig und reichen von der Abwesenheit materiellen Besitzes, wie beispielsweise eines Autos, eines Telefons oder einer Waschmaschine bis hin zur Unfähigkeit, für Ausgaben für eine Fleisch- oder Fischmahlzeit aufkommen zu können. Diesen Kriterien ist gemein, dass sie belegen, dass ein Teil der EU-Bevölkerung unter beklagenswerten Bedingungen lebt, wobei einige Länder sehr viel stärker betroffen sind als andere. Nichtsdestotrotz zeigt die große Verbreitung der materiellen Entbehrung die Notwendigkeit auf, breitangelegte Maßnahmen einzuleiten, um diesem dringenden Problem entgegenzuwirken.

Das Ziel dieser Stellungnahme besteht darin, einen strukturierten Rahmen zum Kampf gegen die aktuell in der Union beobachtbaren Ungleichheiten vorzuschlagen, um eine gleichwertigere und gerechtere Zukunft für alle Europäer zu ermöglichen.

Unsere Kommission hat sich über einen verlängerten Zeitraum mit den Themen der Ungleichheit und der materiellen Entbehrung in der EU befasst, um eine rationale Bewertung

¹ <https://www.touteurope.eu/economie-et-social/europe-ou-les-inegalites-ont-elles-augmente/>

der aktuellen Situation vorzunehmen und Lösungen in Form dieser Stellungnahme vorzuschlagen.

Das Jugendparlament:

- A. ist besorgt über den hohen Prozentsatz (12%) materieller Entbehrung in der EU² und durch den Mangel an finanziellen Hilfen, um diesem dringenden Problem entgegenzuwirken;
- B. stellt fest, dass es signifikante Unterschiede zwischen dem Prozentsatz materieller Entbehrung Luxemburgs (3,7%) und jenem Bulgariens (32.6%) gibt;
- C. ist beunruhigt darüber, dass 31,5 % der Bürger der EU 2019 nicht in der Lage waren, ihre unvorhergesehenen Ausgaben zu bezahlen³;
- D. ist zutiefst schockiert darüber, dass 6,6 % der EU-Bürger große Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse zu decken⁴;
- E. ist über die Ungleichheiten der Lebensbedingungen erschreckt, die an einer Reihe von Indikatoren deutlich werden, wie beispielsweise
 - 1. den Ausgaben für die Sozialversicherung,
 - 2. dem Prozentsatz der Bevölkerung, der Zugang zur medizinischen Versorgung hat,
 - 3. der Qualität der Transportinfrastruktur;
- F. ist beunruhigt darüber, dass im Jahr 2020 8,2% der EU-Bürger nicht in der Lage waren, das Heizen ihres Hauses kontinuierlich sicherzustellen⁵ ;
- G. stellt fest, dass 6,7% der EU-Bürger im Jahr 2019 nicht die Mittel hatten, um sich alle zwei Tage mit einem Mahl bestehend aus Fleisch, Fisch oder einer vegetarischer Alternative zu versorgen.⁶

² <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tessi080/default/table?lang=en>

³ https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_mdcs04/default/table?lang=en

⁴ https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_mdcs09/default/table?lang=en

⁵

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_MDcs01_custom_1513666/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=c0b14adb-b402-4804-8dee-44d12db8ee63

⁶ https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_mdcs03/default/table?lang=en

Das Jugendparlament:

1. empfiehlt die Ausarbeitung einer Richtlinie⁷, um die materielle Entbehrung in der EU deutlich zu reduzieren, dies unter Berücksichtigung der im Folgenden genannten Vorschläge. Wir ermutigen die Mitgliedstaaten dazu, dem Kampf gegen sozio-ökonomische Ungleichheiten einen größeren Anteil ihres Budgets zu widmen. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung könnte stärker subventioniert und eine umfassende soziale Absicherung garantiert werden;
2. unterstützt die Aufstellung von Kriterien zur Umverteilung von Mitteln, die sich nicht nur nach der Größe der Bevölkerung richten, sondern auch den Gini-Koeffizienten sowie den Prozentsatz der von materieller Entbehrung betroffenen Bevölkerungsgruppen des jeweiligen Staates berücksichtigen;
3. schlägt vor, die Diskussionen über die Einführung eines europäischen Mindestlohns zu vertiefen, der an den Kaufkraftindex des jeweiligen Staates angepasst werden könnte, um die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte sicherzustellen;
4. empfiehlt die Ausweitung von Sozialprogrammen für von Armut besonders bedrohten Personengruppen, um sicherzustellen, dass jeder Bürger Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung hat;
5. ermutigt dazu, die innereuropäischen und nationalen Infrastrukturprojekte stärker auf sozioökonomische Infrastrukturen auszurichten, wie beispielsweise Schulen oder Krankenhäuser;
6. unterstützt die politischen und rechtlichen Bemühungen zur Förderung der energetischen Wende in Richtung grüner Energien, auch vor dem Hintergrund des Preisanstiegs fossiler Ressourcen. Durch Unterstützung günstigerer und weniger von der Marktvolatilität betroffener Energiequellen könnten verletzte Bevölkerungsgruppen besser vor den negativen Konsequenzen einer Erhöhung der Energiepreise geschützt werden;

⁷ «Richtlinien geben den EU-Ländern ein bestimmtes Ziel vor, stellen ihnen jedoch frei, wie sie dieses verwirklichen. Die Länder müssen die zum Erreichen der Zielvorgabe erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen treffen (d.h. die Richtlinie in nationales Recht umsetzen). Die Behörden der Mitgliedsländer müssen diese Maßnahme der Europäischen Kommission mitteilen». (https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/types-eu-law_de)

7. empfiehlt die Schaffung eines Sozialprogramms im Bereich der Ernährungssicherung, einschließlich jener für Kinder und Jugendliche. Wir schlagen insbesondere eine teilweise oder komplette Rückerstattung der Kosten für die Bewirtung in Schulkantinen und -cafés vor, basierend auf einem Index, der an die Gehaltshöhe der Eltern und die Zahl der zu versorgenden Kinder angepasst ist.

Abschließend stellt das Jugendparlament fest, dass die untersuchten Ungleichheiten ein in den verschiedenen Ländern der EU allgegenwärtiges Problem darstellen. Diese Ungleichheiten umfassen insbesondere den Bereich der materiellen Entbehrung, der desaströse menschliche Auswirkungen hat. Die vorliegende Stellungnahme soll die Folgen des Ausmaßes der Verbreitung dieser Entbehrung aufzeigen. Der fehlende Zugang zu Gesundheitsleistungen, Nahrung und Bildung sind bedauerlicher Ausdruck dieses Phänomens. Unglücklicherweise sind 12% der EU-Bürger Opfer dieser andauernden humanitären Krise. Daher ist das Jugendparlament von der Notwendigkeit eines sofortigen Handelns überzeugt.

Das Jugendparlament hofft, die Aufmerksamkeit der nationalen und europäischen Instanzen für diese Thematik zu gewinnen und sie zu ermutigen, auf den Erlass einer europäischen Richtlinie zur Bekämpfung dieses Phänomens hinzuwirken. Auf diese Weise würde die EU dem Aufruf Nelson Mandelas nachkommen, der daran erinnerte, dass solange Armut, Ungerechtigkeit und grobe Ungleichheit in unserer Welt bestehen, niemand von uns wirklich ruhen kann.

Darüber hinaus nähren sozioökonomische Ungleichheiten auch den Diskurs rechtsextremer Parteien, die in unseren Zeiten an Macht gewinnen. Die Tatsache, dass diese allgegenwärtige Problematik in den verschiedenen Ländern der EU fortbesteht ist umso beunruhigender, da sie die Hauptpfeiler unserer Demokratien bedroht. Dieser Populismuswelle könnte die EU ein Zeichen der Hoffnung, eine visionäre Idee entgegensetzen.